

Der Mahner

Organ für Arbeitslose und Arbeiter

Erscheint wöchentlich

Vierteljahres-Abonnement S 1-20

Einzelpreis 10 Groschen

Nummer 5

Graz, zweite Märzwoche 1927

1. Jahrgang

21 Schilling 70 Groschen. Das Kinderelend unter den Arbeitslosen.

Der in das Arbeitslosenelend uneingeweihte Teil der werktätigen Bevölkerung soll zu wissen bekommen, daß S 21-70 der Höchstbetrag ist, den ein arbeitsloser Familienerhalter mit Frau und drei oder mehr unverfögten Kindern bezieht. (Eine kleinere Familie entsprechend weniger.) Diese Feststellung in die Praxis überfegt, heißt — Rot und Hunger, denn dieser Betrag ergibt beim Einkauf für eine fünfköpfige Familie beispielsweise

7 Laib Brot	S 4-48
3 Kilogramm Polenta	1-80
10 Kilogramm Kartoffeln	2-—
2 Kilogramm Mehl	1-80
1 Kilogramm Fett	3-40
50 Kilogramm Kohle	3-10
Für Zins	4-—
Für Reinigung	1-—
Summe	S 21-58

Aus dieser einfachen Rechnung eines Arbeitslosenhaustages ist ersichtlich, daß mit diesem Betrag der Hunger einer fünfköpfigen Familie nicht gestillt wird, geschweige denn, daß wichtige, gerade für Kinder notwendige Lebensmittel, wie Zucker, Milch, Obst u. dergl., eingekauft werden können. Fleisch, Kaffee und vieles andere, sowie die Anschaffung von Bekleidung und Beschäftigungsmitteln, bleiben dem Arbeitslosenhaustage vollkommen ver sagt. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß die Arbeitslosigkeit eine Dauererscheinung geworden ist und viele Arbeitslose monate-, ja jahrelang unter diesen Verhältnissen vegetieren müssen. Die Arbeitslosen gehen dabei einer vollkommenen Verelendung entgegen. **Und die Kinder?** Ein Blick in die Proletarierviertel,

in die Mietkafernen gibt darüber Aufschluß: Kinder zartesten Alters, kaum bekleidet, in unzähligen Fällen ohne Wäsche, den Stempel der Unterernährung und Tuberkulose im Gesicht, bevölkern die kleinen Wohnungen, Gänge, Flure und Höfe. (Falls das Spielen im Hausflur und Hof erlaubt ist.) Der Hunger schaut allen aus den Augen und Erhebungen seitens der Schulbehörden würden ergeben, daß ein ziemlich großer Prozentsatz dieser Kinder nur einmal im Tage ein warmes Essen erhält. Angesichts dieser Elendelage wäre es Pflicht des Landes und der Gemeinden, besonders der Gemeinde Graz, Vorföge zu treffen, daß die Kinder der Arbeitslosen wenigstens über den Sommer aus dem Hungerdasein in die Sonne kommen. Ferienkolonien müßten in großem Maßstab geschaffen werden. **Die Bürgerlichen werden dagegen sein. Ja, sie haben bereits die minimalen Summen, die dafür im vergangenen Jahre ausgegeben wurden, gestrichen. Es ist das alte Lied: Für Banken, Schieber, Großagrarier stehen die Raffien der Regierung weit geöffnet, fürs Proletariat verschlossene Taschen. Die Sozialdemokratische Landtags- und Gemeinderatsfraktion muß in diesem Zusammenhang an ihr altes Kommunalprogramm erinnert werden. Dort heißt es, daß die proletarischen Vertreter der sozialen Fürsorge in den Gemeinden das größte Augenmerk zuwenden müssen. Es gilt, die Worte ihres Programms in die Tat umzusetzen und für die Kinder der Arbeitslosen den Kampf um Ferienheime aufzunehmen.**

Der Überfall auf das Arsenal.

Am 2. März haben 500 Wehrblindler, das sind der Reaktion ergebene Soldaten, in Kriegsausrüstung, mit 80 scharfen Patronen versehen, das Arsenal besetzt. In den Kasernen war Bereitschaft. Munition wurde bereitgestellt, Maschinengewehre fertiggestellt, die Garnisonen um Wien in Alarmbereitschaft versetzt. Ein Generalstab auserlesener Offiziere, darunter Heeresinspektor Schilchowsky und sein Stabschef Materna, leitete die Probemobilisierung. Eine Probemobilisierung zu einem kommenden Putsch, das war vor allem das Ereignis vom 2. März. Dieses Mal war es das Arsenal, im kommenden Falle kann das Ziel der Besetzung das Wiener Rathaus sein. Oberst Kliemann, Abgeordneter im Parlament, hat dies auf den Zwischenruf des Sozialdemokraten Glöckel: „Da können sie ja das nächste Mal das Wiener Rathaus auch besetzen!“ mit der Antwort: „Warum auch nicht?“ offen zugegeben.

In zweiter Linie galt die Besetzung der Bewaffnung der Reaktion aus den Waffenbeständen des Arsenal. Diese Bestände sind aber kein Geheimnis, so wie es kein Geheimnis ist, daß man beim

Greifler Zucker und Kaffee bekommt. Das Bundesministerium für Heerwesen hat selbst aus diesen Beständen Waffen gekauft. Diesmal wurde aber der billigere Weg des Einbruches beschritten und die Waffen nach dem „sicheren“ Kaiserebersdorf gebracht. Sicher wohl deshalb, weil man dort die gestohlenen Waffen ungehinderter an den „Heimatschutzverband“ zur Verteilung bringen kann.

Die dritte Absicht, welche die Reaktion mit dem Überfall auf das Arsenal verfolgte, war Stimmungsmache für die Wahlen. Den Bauern wird erzählt, daß die Arbeiter mit diesen Waffen aufs Land ziehen und die Bauern belämpfen wollen. Der Schwindel ist aber zu plump. Keuschler, Klein- und Mittelbauern kennen bereits ihre Pappenheimer aus dem christlichsozial-großdeutschnationalistischen Lager. Drei Fliegen also auf einen Schlag; bei der dritten hat er sich allerdings nicht mehr ausgewirkt.

Der Überfall auf das Arsenal geschah also nach einem genau durchdachten Plan mit genauer Zielsetzung. Organisator desselben war der Bundesminister für Heerwesen Vaugoin im Auftrage der Reaktion. Als er tags darauf im Parlament erschien, wurde er von den Bürgerlichen mit lautem

Zubel empfangen, denn er hatte die ihm gestellte Aufgabe zu ihrer Zufriedenheit gelöst. Große Waffenbestände kamen in die Hände der Reaktion, und Vaugoin hat noch den Beweis geliefert, daß die Wiener Wehrmacht zum Teile schon für die Reaktion verwendbar sei.

Seipel konfiziert offen mit dem Generalsekretär der italienischen faschistischen Partei und mit dem Führer der ungarischen Faschisten Grafen Teleki. Die österreichische Bourgeoisie orientiert sich zum Faschismus. Die Morde an den Genossen Ertl, Birneler, Kovarik, Müller, der blutige Sonntag in Schattendorf sind Alarmzeichen für das Proletariat.

Im Faschismus erblickt die österreichische Bourgeoisie den letzten Ausweg, das Proletariat zu knebeln, die letzte Hoffnung, die Errungenschaften von 1918 zu beseitigen. Die Pläne, welche die österreichische Bourgeoisie mit dem Faschismus verfolgt, liegen klar auf der Hand: Beseitigung der Arbeitsräte, des Achtstundentages, der Arbeitslosenversicherung, der Arbeiterurlaube und des Entgeltbes, Beseitigung der Abfertigung, des letzten Restes vom Mieterschutz, Verhinderung der Alters- und Invalidenversicherung usw. Drohend zieht der Pesthauch des Faschismus nach neunjährigem Bestande der demokratischen Republik aus den Kloaken der Bourgeoisie auf. Angesichts dieser Tatsachen ist der Ausbau der Wehrformationen des Proletariats und ihre Bewaffnung das Gebot der Stunde. Der Republikanische Schutzbund muß das Sammelbecken aller proletarischen Elemente ohne Unterschied der Partei werden. Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilose Arbeiter sollen sich in ihm einig die Hände reichen im Kampfe gegen die Reaktion, gegen den Faschismus. Die Sozialdemokratische Partei darf aus diesem Grunde dem ehrlich gewillten Kämpfer aus dem kommunistischen oder dem parteilosen Lager den Beitritt durch politischen Organisationszwang nicht unmöglich machen. Unter dem Proletariat ist der Wille zur einheitlichen Kampffront gegen Reaktion und Faschismus vorhanden. Wehe denen, die ihn nicht zur Wirklichkeit werden lassen!

Aus dem Bericht der österreichischen Arbeiterdelegation über Rußland.

Aus dem Buche „Im Lande der befreiten Arbeiter und Bauern“.

Arbeitslohn und Lohnklassen.

Der Arbeitslohn, der während der schweren Zeit des Bürgerkrieges und der ökonomischen Verwüstung niedrig war, zeigt jetzt im Zusammenhang mit der Aufrichtung der Wirtschaft eine aufsteigende Linie und erreicht im Durchschnitt für ganz Rußland 97 Prozent des Arbeitslohnes der Vorkriegszeit.

In einzelnen Industriezweigen überschreitet er das Vorkriegsniveau und beträgt beispielsweise bei den Textilarbeitern 120 Prozent, bei den Arbeitern der chemischen Industrie 115,7 Prozent, bei den Arbeitern der Schreibpapierindustrie 123 Prozent und bei den Poligraphen 109 Prozent des Vorkriegslohnes. Im letzten Jahre (Oktober 1924/1925) stieg der Arbeitslohn um

27 Prozent und bei Monatsabschluss eines Kollektivvertrages am 1. Oktober wurde eine Erhöhung um 9 Prozent erteilt. Für dieselbe Zeit beträgt die Erhöhung des Arbeitslohnes in der Bergbauindustrie 16 Prozent und seit Oktober nochmals 8 Prozent.

Wir wollen hier einige Löhne folgen lassen, die in den Betrieben, die wir besuchten, ausbezahlt werden und welche wir in den Lohnbüchern der Arbeiter, die wir uns vorweisen ließen, bestätigt fanden: Den folgenden Berechnungen liegt der Kurs von 1 Rubel = 35 Schilling zugrunde.

Generalreparaturwerkstätte der Eisenbahnen in Seltzerinoslaw:

Mindestlohn 48— Rbl. (168— S), Durchschnittslohn 80— bis 85— Rbl. (280— bis 297.50 S), Höchstlohn 178— Rbl. (623— S) pro Monat.

Schrauben- und Nägelfabrik in Seltzerinoslaw:

Qualifizierte Arbeiter 125— bis 200— Rbl. (437.50 bis 700— S), Frauen im Packraum 60— bis 80— Rbl. (210— bis 280— S), Mindestlohn 48— Rbl. (168— S) pro Monat.

Putzlohn-Werke in Leningrad:

Mindestlohn 42— Rbl. (147— S), Durchschnittslohn 104— Rbl. (364— S), Höchstlohn 140— bis 150— Rbl. (490— bis 525— S) pro Monat.

Bauarbeiter im Gouvernement Moskau:

Durchschnittslohn 3.50 Rbl. (12.25 S), Mindestlohn 1.50 Rbl. (5.25 S), Höchstlohn 10— Rbl. (35— S) pro Tag.

Große Dmitrowskaja Textilwarenfabrik „Dalkaschow“:

Durchschnittslohn: Dezember 1925 1.77 Rbl. (6.20 S), Februar 1926 2.04 Rbl. (7.14 S); Rattanabteilung: Dezember 1925 1.96 Rbl. (6.86 S), Februar 1926 2.24 Rbl. (7.84 S), Geweure 4.50 bis 6.20 Rbl. (15.75 bis 21.70 S) pro Tag.

Fabrik des Lederturks in Tiflis:

Durchschnittslohn 65— Rbl. (227.50 S), Zuschneider 60— bis 80— Rbl. (210— bis 280— S), Lederbürder 70— bis 90— Rbl. (245— bis 315— S) pro Monat.

Schneiderwerkstätte in Seltzerinoslaw:

Lehrlinge 16.80 bis 33— Rbl. (58.80 bis 115.50 S), unqualifizierte Arbeiter 39— bis 50— Rbl. (136.50 bis 175— S), gutqualifizierte Arbeiter 100— bis 120— Rbl. (350— bis 420— S), Roter Direktor 180— Rbl. (630— S), technischer Leiter 180— Rbl. (630— S), von der Arbeit befreiter Betriebsrat 112— Rbl. (392— S) pro Monat.

Die Verschiedenheit der Löhne erklärt sich nicht nur daraus, daß sie verschiedenen Gebieten der Sowjetunion entnommen sind, sondern auch daraus, daß das russische Lohnsystem auf 17 Lohnklassen aufgebaut ist. Je nach seiner Qualifikation fällt der Arbeiter in eine höhere oder niedrige Lohnstufe. So ist auch zu erklären, weshalb die Frauen in vielen Fällen niedrigere Löhne erhalten als die Männer. Bei gleicher Qualifikation ist auch die Entlohnung der des Mannes gleich. Um die Qualifikation der arbeitenden Frauen zu heben, werden diese in Lehrwerkstätten aufgenommen, in denen sie unter fachmännischer Leitung zu hochqualifizierten Arbeiterinnen ausgebildet werden (siehe Kapitel „Frau in Sowjetrußland“).

Die ersten vier Lohnstufen sind für Lehrlinge, welche zumeist einen Lohn von 15 bis 35 Rubel erhalten. Die 5. bis 11. Lohnstufe gilt für die unqualifizierten und qualifizierten Arbeiter, und die 12. bis 17. Lohnstufe für die höher qualifizierten Berufe (Meister, Ingenieure, Ärzte usw.).

Ordner!

Freitag den 18. März um 3 Uhr nachmittags wichtige Sitzung im bekannten Lokal! Alle erscheinen!

Was ist und was bedeutet die Rationalisierung für die Arbeiterklasse?

Es ist für die gesamte Arbeiterklasse von größter Wichtigkeit, das neue Schlagwort „Rationalisierung“ in seiner wahren Bedeutung früh genug zu verstehen. Sinnbildlich genommen, kann man es mit einer Medaille mit zwei Bildern vergleichen. Das eine Bild zeigt die Umwälzung in der Produktionstechnik, das andere die sozialen Auswirkungen auf die Lebensweise der Arbeiterklasse. Betrachten wir nun jede Seite für sich, jedoch im Zusammenhange ihrer Auswirkungen.

Solange der Kapitalismus existiert, gibt es einen ständigen Konkurrenzkampf, welcher immer für die Arbeiterklasse ungünstige Auswirkungen zur Folge hat. Jeder Kapitalist sucht seine Waren unter den günstigsten Bedingungen absetzen, allerdings auf Kosten des Proletariats. An dem Gebiete der Produktionstechnik werden seit neuestem folgende Methoden im Interesse des Konkurrenzkampfes — Rationalisierung nennt sie der Kapitalist — angewendet:

1. Einstellung neuer, moderner Maschinen, welche um ein Vielfaches mehr an Warenerzeugung leisten. Dadurch werden hundert, tausend, ja zehntausend Arbeitskräfte ersetzt, Tausende von Arbeitern brotlos gemacht. Nachfolgend ein Beispiel: Ein Ralkonzern in Deutschland beschäftigte noch im Jahre 1925 ungefähr 30.000 Arbeiter. Nach Beendigung der ersten Rationalisierungsetappe benötigte man nur mehr 9000 Arbeiter; diese mußten dafür im Jahre pro Kopf um das Zweieinhalbfache mehr leisten. 21.000 Arbeiter wurden durch die Rationalisierung überflüssig und infolgedessen auf die Straße gesetzt.

2. Stilllegung aller jener Betriebe, die nicht mehr zu niedrigen Preisen produzieren können, und Zusammenziehung der übrigbleibenden Betriebe zu Krusten und Kartellen. So haben sich zum Beispiel die fünf größten Montankonzerne an der Ruhr in einen Ruhrmontantrust zusammengeschlossen, welcher gleichzeitig die Produktion normalisiert und typisiert, das heißt, die Produkte nach möglichst einheitlichen Modellen herstellt. Die erste Tat dieses Trustes war die Entlassung von 1000 Arbeitern wegen technischer Umstellung.

3. Stärkste Ausbeutungsmethoden mittels Stoppuhr und Laufband. Die Stoppuhr ist den meisten Betriebsarbeitern aus eigener Erfahrung bekannt. Das Laufband, auch fließendes Band genannt, ist mit dem Namen Ford als Organfaktor dieser neuen technischen Einrichtung verknüpft. Diese Produktionsform gewährleistet den Unternehmern nebst Ausnutzung der modernsten Maschinen die höchste Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Der Arbeiter muß bei dem auf dem herlaufenden Band befindlichen Arbeitsstück seinen Arbeitsanteil in einer genau vorgeschriebenen Zeit leisten. Er wird förmlich mitgezerrt, wird zum Automat-Menschen.

4. In Österreich wird die Rationalisierung derzeit durch Lohndruck, Antreiber-system, Arbeitszeitverlängerung, Überstunden usw. ersetzt. Von einer Modernisierung der Maschinenparke ist hier nicht viel zu bemerken. Eine Ausnahme bilden nur die Steyr-Waffenwerke, die Tabakfabriken und einige andere Betriebe. Die Profite der Inflationszeit wurden von Unternehmern und Banken in der Frankenspekulation verpulvert. Um aber die Konkurrenz gegenüber dem Ausland aufrechtzuerhalten, greift man zur persönlichen körperlichen Ausbeutung des einzelnen Arbeiters.

Kurz zusammengefaßt, kann man feststellen: Die Einführung moderner Maschinen steigert durch Ersparung Tausender von Arbeitern die Produktion und den Profit. Die Stilllegung und Zusammenziehung von Betrieben, verbunden mit der Rationalisierung der Produktion, bedeutet ebenfalls ein Abstoßen tausender Arbeitskräfte in die Arbeitslosenarmee und gleichzeitig auch einen frei-

gebenen Profit. Die Stoppuhr und besonders das Laufband zwingen den Arbeiter bei gleichbleibendem Lohn zu höchster Arbeitsleistung. Der dabei erzielte Profit steigt dadurch ins ungeheuerliche. So verbient zum Beispiel Ford nach amtlicher Feststellung S 17.204 in der Minute.

Die Rationalisierung ist, wie es der Leiter des Siemens-Elektrizitätswerkes Karl Friedrich Siemens vor kurzem selbst auch ausgesprochen hat, die Erzielung vermehrter Leistung mit verringerter Arbeiterzahl (und, was er vergessen hat, bei steigendem Profit).

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß sich unter dem kapitalistischen System jeder technische Fortschritt gegen die Arbeiter kehrt, die ihn anwenden. Für die Unternehmer bringt er eine Steigerung der Profite, für die Arbeiter dagegen eine Verminderung des Lohnanteiles einerseits und eine Brotlosmachung anderseits.

Wie soll sich die Arbeiterklasse dazu verhalten? Soll sie gegen die Maschinen Sturm laufen und sie zertrümmern, wie es anfangs des 18. Jahrhunderts die englischen Weber beim Aufstehen der ersten Maschinen gemacht haben, um für ihre Hände die Arbeit zu erhalten? Nein, das wäre nicht nur unsinnig, sondern würde auch nichts nützen, denn die Technik läßt sich in ihrer Aufwärtsentwicklung durch keinerlei Mittel hemmen.

Also, was sollen wir machen? Sollen wir die Rationalisierung verfechten und propagieren, so wie es die reformistischen Gewerkschaftsführer machen? Diese behaupten, daß erhöhte Produktion eine Verbilligung der Ware, eine Erhöhung der Löhne und somit Verbesserung des Lebensstandards für die Arbeiterklasse bedeutet und weisen dabei auf Ford hin. Dabei verschweigen sie aber, daß die Ursachen und Grundlagen der angeblich „höheren Löhne“ bei Ford und in Nordamerika überhaupt nicht in der Rationalisierung als solcher liegen, sondern in anderem Zusammenhang der wirtschaftlich-politischen Lage Amerikas zum übrigen Weltmarkt stehen.

Das Organ: „Die Baugewerkschaft“ vom 23. Februar 1927 hat übrigens bereits indirekt zugegeben, daß ihr bisheriger Standpunkt unrichtig war. Sie schreibt unter dem Titel „Die Fünf-Tage-Arbeit bei Ford“ folgendes: „Der Entschluß Henry Fords, in seinem Betrieb künftig nur fünf Tage in der Woche arbeiten zu lassen, bei gleichem Lohn, wie er bisher für sechs Tage bezahlt wurde, hat überall großes Aufsehen erregt. Wie der sozialdemokratische „Vorwärts“ in Milwaukee jedoch berichtet, dient diese in der Tat eingeführte Neuerung keineswegs den Interessen der Arbeiterschaft. Bei Einführung der Fünf-Tage-Woche hieß es — so schreibt das amerikanische Blatt — die Löhne bei den gleichen sein wie für die Sechs-Tage-Woche. Bisher ist dieses Versprechen nur einem kleinen Teil der Arbeiter gegenüber eingehalten worden. Dagegen müssen nun die Arbeiter in fünf Tagen ebensoviel leisten wie früher in sechs. Arbeiter, die sich dem neuen Arbeitstempo nicht anpassen konnten, wurden pöblich ohne jede Warnung oder Abmildigung entlassen, darunter viele, die schon 16 Jahre in den Ford-Fabriken beschäftigt waren. So haben ganze Gruppen von je zweihundert Arbeitern ihre Stellung verloren. Die Neuerung Fords besteht demnach in Wirklichkeit darin, daß er Aufstoßen und viele andere Ausgaben erspart und dabei die gleiche Arbeitsleistung erhält wie früher. Nur auf diese Weise hofft Ford sich im Kampf gegen seine Konkurrenten, die seinen Vorprung bereits weitestgehend eingeholt haben, behaupten

zu können. Diese Absicht wird mit Recht als Raubbau an Gesundheit und Leben der Arbeiter bezeichnet.“

Wir zeigen dies auf, weil man vor zick drei Jahren in einem Flugblatt „Vobnarundfäse eines Metallindustriellen“, gewidmet „Den steirischen Metallindustriellen ins Stammbuch“, falsche Vorstellungen über die Rationalisierung unter der Arbeiterschaft erweckte. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß es nicht Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Rationalisierung zu propagieren, dafür werden schon die Unternehmer sorgen, Sache der Gewerkschaft aber ist es, zu sorgen, daß die Rationalisierung nicht auf Kosten der Arbeiterschaft erfolgt; ihre Sache ist die Erzwingung einer kürzeren Arbeitszeit, Verhinderung des Raubbaues an der Arbeitskraft, mit mindestens gleichlaufender Erhöhung der Lohnsätze als Ausgleich.

Eine weitere Aufgabe der Gewerkschaft besteht in der raschesten Schaffung von großen, mächtigen Industrieverbänden und in der Herstellung der Einheitsfront der Gewerkschaften im Weltmaßstabe, um den gewaltigen Unternehmer-Kampfsorganisationen, den nationalen und internationalen Trusts und Kartellen erfolgreich entgegenzutreten zu können. Das Kapital geht zum Angriff über. Die Arbeiterklasse muß in den Gewerkschaften als Kampforganisation auch ihre Stellungen neu ausbauen und festigen, um im geeigneten Moment zum Gegenangriff übergehen zu können.

Die Urlande der Breitner-Beze.

Die fünf Wiener Großbanken haben sehr viel überflüssiges Geld in den Tresors. Damit wollen sie gute Geschäfte machen. Die Industrie kann dieses Geld aber nicht gebrauchen, weil zu hohe Zinsen gezahlt werden müssen. Da soll nun die Gemeinde Wien von den fünf Wiener Großbanken für ihre Bauten Anleihen aufnehmen und dafür hohe Zinsen zahlen. Darauf geht die Gemeinde Wien nicht ein. Deshalb die Beze gegen den Finanzreferenten Breitner. Die fünf Wiener Großbanken haben sie inszeniert.

Lebensmittelverteuerung.

Die christlichsozial-großdeutsche Regierung will das Kilogramm Fleisch um 30 Groschen, das Kilogramm Wehl um 15 Groschen, den Laib Brot um 15 Groschen verteuern. Nächste Zeit, daß diese Regierung geht.

Aus dem Alltag

Gleiches Recht für alle.

Früher herrschte bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung im Finanzgebäude die Gepflogenheit, daß diejenigen Arbeitslosen, welche eine Arbeit bekommen sollten, und diejenigen, welche als Bevollmächtigte die Unterstützung holten, ohneweiters zu den Klaffen gelassen wurden. Jetzt müssen sich auch diese anstellen und stundenlang warten. Was sind nun die Folgen davon? Der in Arbeit Tretenbe kann unter Umständen die Arbeit nicht rechtzeitig beginnen und dieselbe infolge dessen wieder verlieren. Ebenso werden diejenigen, welche bereits eine Arbeit haben und somit nicht mehr die Gelegenheit besitzen, das Geld selber zu holen, die also jemanden darum ersuchen müssen, oft in eine Zwangslage verfest, da niemand Lust hat, aus Gefälligkeit stundenlang im Finanzgebäude zu stehen. Ist man gegen Arbeiter, und mögen sie noch so alt sein, in der Handhabung der Bestimmungen möglichst rück-

sichtslos, so ist man um so rücksichtsvoller gegen die Herren Akademiker. Diese brauchen sich überhaupt nicht anzustellen, sondern einer der arbeitslosen „Herren“ Akademiker bringt Montag die Karten, und am Dienstag nach 1 Uhr kann das Geld geholt werden. Wir sind der Auffassung, wenn man den Herren arbeitslosen Akademikern so viel Entgegenkommen zeigt, können die in Arbeit tretenden Arbeiter auch die nötige Berücksichtigung finden. Gleiches Recht für alle!

Ein 5facher Hausbesitzer schwingt den Bettelstab.

Nachdem die Offensiv der Hausbesitzer unter Führung des Herrn Pistor für die Erhöhung des Instandhaltungszinses zu Wasser geworden ist, versuchen einzelne Hausbesitzer, mittels Bettelbriefen das Herz der Mieter zu erweichen. So schreibt Herr Franz Ascher, Hausbesitzer und ehemaliger Direktor der Alpine Montan, einen rührenden Brief folgenden Inhaltes an seine Mieter: Nachdem das Mietengesetz in absehbarer Zeit nicht zugunsten der Hausbesitzer abgeändert werden dürfte, sei er gezwungen, sich in einem Schreiben an seine Mieter zu wenden, und zwar führt er aus, daß er in England 88.000 Pfund Sterling verloren habe, seine Villa in Luffee verlaufen mußte, und da ihm seine fünf Häuser durch Jahre hindurch keinen Gewinn brachten und er, nachdem er über keine Barmittel mehr verfügte, sich eine Summe von 30.000 Schilling zu 50 und 30 Prozent ausleihen mußte, vollkommen ruiniert sei. Seine Häuser verkaufen kann er auch nicht, „da man dafür nur ein Zehntel des wahren Wertes bekommt“. Er feste dann den Mietern noch auseinander, daß er infolge seiner 76 Jahre und seiner Zuder- und Nerventrantheit arbeitsunfähig sei. Er führt ferner aus, daß der Hausmeister in einem Monat an den Häusern angeblich mehr verdiene als der Hausherr in 13 Jahren, auch besitze er weder eine Pension, noch einen Nebenverdienst, sei also trotz seiner fünf Häuser ein Bettler. Herr Ascher appelliert dann noch an das Gerechtigkeitsgefühl seiner Mieter und wies darauf hin, daß auch andere Hausbesitzer diesen Weg bereits mit Erfolg beschritten haben, so unter anderem Herr Rechtsanwalt „Baron“ Sternbach und Herr Martin Währing. Letzterem soll ein Briefträger freiwillig monatlich um 15 Schilling mehr an Zins zahlen. Nachdem er alle Gründe angeführt hat, hofft Herr Ascher, daß auch seine Mieter freiwillig einen höheren Mietzins zahlen werden. Er gibt ihnen gütigst eine Frist von 8 Tagen. Bis dahin sollen sie ihn von ihrem Ubereinkommen verkräftigen. Wir möchten die Mieter warnen, auf das Gefunten des Herrn Ascher hineinzufallen. Jemand, der fünf Häuser hat, ist auch heute kein armer Teufel und die Hausherren finden trotz des Mietengesetzes immer noch Mittel und Wege, um das Haus zinstragend zu machen. Wenn Herr Ascher Kapitalien zu 30 und 50 Prozent aufgenommen hat, so soll er selbst sehen, wie er die Zinsen dafür aufbringt und dieselben nicht von seinen Mietern einzubringen trachten. In Österreich gibt es Tausende armer Proleten, die keine fünf Häuser besitzen, auch keine Villa verkaufen können, oft nicht einmal eine Unterstützung bekommen. Wovon sollen die leben? Letzten Endes handelt es sich bei den Hausherren nur darum, eine Anzahl Mieter zu bewegen, freiwillig höhere Mietzins zu zahlen, um dann aus der Gutmütigkeit ein Gefes zu schmieden. Wehe, wenn die Mieter dann den erhöhten Zins nicht zahlen könnten. Sie würden von eben diesen Hausherren, die heute noch demütig um freiwillige Erhöhung des Zinses bitten, rücksichtslos aufs Pflaster gesetzt werden.

Kolporteur

die freiwillig den „Mahnung“ zum Verkauf übernehmen wollen, sollen sich im Komitee melden.

Des Diebstahls beschuldigt — weil sie arm ist.

Im Manufaktur- und Konfektionsgeschäft Moriz Teutlers Witwe, Wielandgasse Nr. 23, entdeckte man am 3. März 1927 das Fehlen von 5 Meter Crepe de Chine. Am 4. März 1927 wurde bei der Polizei gegen das in Geschäfte bedienstete Lehrmädchen die Anzeige erstattet. Dieses wurde auf das hin von einem Detektiv abgeholt, ins Amtshaus geführt und einem Verhör unterzogen. Abends fand in der Wohnung des Mädchens eine Hausdurchsuchung statt. Trotzdem sie nicht den geringsten Beweis in den Händen hatte, äußerte sich die Geschäftsinhaberin in Anwesenheit von Kunden abfällig über das Mädchen, sagte unter anderem, sie sei die einzige, die in Betracht käme, von den eigenen Verwandten könne doch niemand den Diebstahl begangen haben. Auch der Detektiv, der sie abführte, äußerte sich in höchst ungewöhnlicher Weise über sie, obwohl er von ihrer Dienstgeberin nichts Stichhaltiges für den vorgedachten Verdacht erfahren konnte, außer, daß das Mädchen aus ärmlichem Kreise stamme, so daß sie mitunter den Fortbildungsunterricht nicht bezahlen kann. Aber es genügt, arm zu sein — um eines Diebstahls beschuldigt zu werden. Frau Teutler, welche sehr nervös und zerfahren ist, beginnt langsam über den ausgesprochenen Verdacht unruhig zu werden und nachzudenken, ob nicht vielleicht gar sie selber irrtümlicherweise den Stoff irgendwo mitverpackt hat. Sollte dies der Fall sein, was sicher anzunehmen ist, wird sie sich dann auch bei dem Lehrmädchen vor den Kundschäften entschuldigen und ihr den guten Namen zurückerstatten? Wir bezweifeln letzteres.

Eine merkwürdige Entscheidung des Stadtrates Graz.

Frau Swoboda, Annenstraße Nr. 30, hatte die Hausgehilfin M. W. durch ein volles Jahr mit kleiner Unterbrechung von früh morgens bis spät abends ausgenützt, aber für sie keine Krankenversicherung bezahlt. M. W. erkrankte und erhob nun Anspruch auf die Krankenversicherung. Sie erhob die Beschwerde beim Stadtrat in der Meinung, daß ihr hier zum Recht verholten wird. Der Stadtrat stellte sich aber auf die Seite der „gnädigen“ Frau und erklärte, nicht die Aberzeugung zu haben, das M. W. eine versicherungspflichtige Arbeit innehatte. Der Stadtrat nahm nur die Aussagen der Frau Swoboda zur Kenntnis, nicht aber die Aussagen der M. W. Wie ungeheuerlich diese Entscheidung des Stadtrates ist, beweist das Vorgehen der Swoboda, die nun, gestützt auf die Hilfe des Stadtrates, sogar die Ausfolgung eines Zeugnisses und die Arbeitgeberbestätigung verweigert. Wir fragen, ob Herr Bürgermeister Ruchitsch geneigt ist, eine Überprüfung dieser Entscheidung anzuordnen, damit die Hausgehilfin M. W. zu ihrem Recht kommt.

Den arbeitslosen Frauen zur Beachtung.

Schwangere Frauen, die ärztlich nachweisen, daß sie ihre Entbindung in den nächsten vier Wochen erwarten, müssen die Unterstützung ohne Kontrollmeldung und persönliche Gelbbehebung weiter erhalten. Dasselbe gilt für die Zeit nach der Entbindung bis zur Dauer von zwei Wochen.

Dem Proletarier ins Stammbuch.

Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazubekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das Wenige genommen.
Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben —
Denn ein Recht zu leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben.

Heinrich Heine.

Neuigkeitsberichte

Gegen den Imperialismus. Abd el Krim wurde niedergeworfen und wird fern von Marokko auf einer Insel gefangengehalten. Die Kämpfe dauern trotzdem fort und werden erst mit der Befiegung des Imperialismus ihr Ende nehmen.

Was die Christlichsozialen wollen. Darüber gab der Generalsekretär der Christlichsozialen, Schönsteiner, in einer Versammlung Auskunft. Er erklärte: „Die Bestimmungen über die Zinsbildung müssen geändert werden, es müsse ein etappenweiser Aufbau der Zinse erfolgen wie in anderen Staaten.“

Faschismus auf den Hochschulen. Nationalsozialistische Studenten drangen in die Hochschule für Welthandel ein, um die Studenten einer nicht nationalsozialistischen Vereinigung zu verprügeln und die Auflösung dieses Vereines zu erzwingen. Diese Lausbuben sollten zur Zwangsarbeit gezwungen werden, dann würde ihnen ein solches Treiben vergeben.

Ein Faschingsberg. Sepp Meigner, der Geschäftsleiter der großdeutschen „Wiener-Neuflüchter Nachrichten“, also ein besonderer „Freund der Arbeiter“, wurde dieser Tage das Subjekt eines famosen Faschingsberges. Als er abends beim Arbeiterheim vorüberging, wurde er von vier Burlesken erfasst. Diese beschütteten ihn sechens mit einem Kübel Farbe, bestreuten ihn mit Federn und wünschten ihm eine gute Heimkehr.

Faschistische Ausweisarten. Ausländer, die sich um den Faschismus verdient gemacht haben, bekommen von der Leitung der faschistischen Partei in Rom besondere Ausweisarten. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, besitzt Vaugoin eine solche. Seipel auch eine erhalten.

Arbeitermörder Horthy — Ehren doktor. Die Debrecziner Hochschule hat den ungarischen Reichsverweser Horthy zum Ehren doktor ernannt. Wahrscheinlich wegen seiner Verdienste um die Niederknüpfung des Proletariats.

Ruffolinis Mörderhand. Italien wird ihm für seine Heisterarbeit schon zu klein. Er schickt Neuchelmsbruder bereits ins Ausland. In Paris wurde auf diese Weise der italienische Kommunist Monti gemuechelt. Von mehreren Schurken überfallen, stürzt er, von 7 Revolverschüssen in den Rücken getroffen, tot zusammen. Italien wird aber einen zweiten Brutus erleben.

Die 24.000 Pfund schwere Nonne. Eine Engländerin vermachte vor ihrem Tode als kleines Zeichen ihrer großen Zuneigung zur Nonne Maria Marguerite Malford vom heiligen Herzen Brighton einen Betrag von 24.000 Pfund. Das war wieder ein Fressen für die Kirche, die sich dadurch die Mühe erspart, durch Erbschleicherei das Vermögen zu verschaffen.

Die römische Kirche modernisiert sich. Der Häuptling der kirchlichen Reaktion, genannt Papst, der sich mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen, gegen Fortschritt und Modernisierung stellt, ist darauf gekommen, daß das Radio ein gutes Mittel für seine pfäffliche Kirchenpropaganda bietet. So hat er seinen Knechten die Erlaubnis gegeben, diese moderne Erfindung für Kirchenpredigten und Straßerpropaganda auszunutzen. Vielleicht kommt dieser Leitbammel auch auf den guten Gedanken, daß er seinen Cittenaposteln à la Bischof Oföllner von Liny den Auftrag erteilt, in den Hirtenbriefen nur mehr für moderne Röckerln und fleischfarbene Strümpfe einzutreten.

Der freigewerkschaftliche Sieg bei der Grazer Polizei. Bis heute haben die Polizeiorgane nur mittels Stimmzettel ihre Zugehörigkeit zum Proletariat bekundet. Die Arbeitslosen

und Betriebsarbeiter warten gespannt darauf, wann sie ihre Gefühle für das Proletariat in die Tat umsetzen und nicht mehr so brutal gegen demonstrierende Arbeiter und Arbeitslose vorgehen werden.

Für eine Mörderin. Im Vorjahre hatte Mengia Carniju im Auftrage der bulgarischen Henkerregierung den revolutionären Bauernführer Paniza im Wiener Burgtheater meuchlings ermordet. Nun feiert sie in Bulgarien ihre Hochzeit. Liapschew, der Henker, läßt den Tag ihrer Trauung als Nationalfeiertag erklären. Die Regierung finanziert außerdem ihre Hochzeit und gibt ihr eine ansehnliche Mitgift.

Eine Folge des weißen Terrors. Vor einigen Tagen wurde in Bulgarien gegen den Leiter der politischen Abteilung des Polizeipräsidentiums ein Bombenattentat verübt. Der Polizeichef wurde getötet. Das sind die Folgen des ungeschwerlichen brutalen Terrors, den die bulgarische Bourgeoisie über die Arbeiter und Bauern ausübt.

Grauenbolle Folterung gefangener Sozialisten in Ungarn. Wie „Der Abend“ berichtet, wurde Alexander Serenpi, ein 23jähriger Tischlergehilfe, von dem ihn verhörenden Detektiv mit einer Eisengange bearbeitet, seine Nasenlöcher wurden auseinandergerissen. Den blutenden Menschen hat man bei den Armen aufgehängt und auf diese Weise „Geständnisse“ von ihm erpreßt. Frau Ernst Normai wurde nackt ausgezogen, mit einer Hundspeiße blutig geschlagen, wobei die sie mißhandelnden Detektive sie fortwährend anschrien: „Dirne, wo hast du die Dollars versteckt?“ Die 19jährige Elisabeth Bruck wollten die sie verhörenden Detektive vergewaltigen. Sie entkam der Vergewaltigung nur dadurch, daß in das Zimmer, in welchem sie „verhört“ wurde, andere Angeklagte geführt wurden, und so kam sie mit der Durchpeitschung davon. Eduard Rubin, einem 20jährigen Schneidergehilfen, hat man beide Arme gebrochen. Johann Kofeis, einem invaliden Landarbeiter, der einen Fuß als roter Soldat während der Kätebildatur verlor und eine Fußprothese trägt, wurde die Prothese vom Leibe gerissen, und die Detektive schlugen ihn mit ihr blutig. Dann zwang man ihn, auf einem Fuß im Zimmer herumzu hüpfen, und als der blutende Mensch zu Boden fiel, gab man ihm ungezählte Fußstritte in den Bauch und in die Brust. Der schwer lungentranke Arbeiter erlitt während seines Verhörs mehrfache Blutstürze. Josef Pipicz wurden die Haare ausgerissen und man zwang ihn, die Haarbüschel zu schluden. Alexander Löwy, einem 20jährigen Bäckergehilfen, wurden die beiden Arme auf dem Rücken zusammengebunden und er wurde an den Armen aufgehängt. Als man den Ohnmächtigen mit einem Eimer Wasser zum Bewußtsein gebracht hatte, senkte man seinen nackten Körper mit einer glühenden Eisenstange. Das sind die Methoden des Faschismus.

Vergebene Mühe. Das Ansehen der ungarischen Bourgeoisie, des ungarischen Abels und Klerus ist durch die Frankenfälscheraffäre fluten gegangen. Um es wieder zu erreichen, wurde ein Feldzug auf kurze Röcke, fleischfarbene Strümpfe und nackte Biber eröffnet. Diese Heuchler. Sie bleiben trotzdem Horthyaner, Proletariatsmörder und Frankenfälscher.

Aus den bulgarischen Kerlern. Wegen der unmenslichen Behandlung der politischen Gefangenen durch die Henkerregierung Liapschew sind 2500 in den Hungerstreik getreten. Unten in den Hungerstreik getretenen befinden sich außer Arbeitern und Bauern noch Lehrer, Rechtsanwälte, Studenten, Studentinnen, Journalisten und Mütter, die man von ihren Kindern gerissen hat. Dem zaristischen System des Henkers Liapschew wird durch die Arbeiter und Bauern auch noch die Gurgel zugeschnürt werden.

Ube — Monarchist. Wer es noch nicht wissen sollte! Ube hat einem monarchistischen Blatt einen Brief folgenden Inhaltes gesandt: „Ich bin Bezieher Ihres Blattes. Ich war und bin Monarchist von jeher gewesen und trat, wie Sie vielleicht wissen, besonders zur Zeit des Umsturzes für Habsburg ein. Ich mache aus meiner Einstellung nichts und niemals ein Behl...“ Seine ganze Opposition zur christlichsozialen Partei ist also offener Schwindel. Es wird nur mit verteilten Rollen auf die Monarchie losgesteuert.

Schattendorf. Die Ermordung eines Arbeiters und eines Arbeiterkinds durch Frontkämpfer ist in der Erinnerung aller. Dafür wurden nun — drei Arbeiter des Republikanischen Schutzbundes verhaftet. So reißt Seipel eine Provokation an die andere.

Vor blutigen Kämpfen in Albanien. Achmed Zogu, Präsident der albanischen Republik, will sich zum erblichen König von Albanien krönen lassen. Dies wird auf heftigen Widerstand stoßen und zu Kämpfen führen. Im Hintergrund dieser Politik steht Mussolini, der durch die Verleihung der Königwürde Achmed Zogu zu einem Krieg gegen Jugoslawien, der von Mussolini vorbereitet wird, gewinnen will.

Ein Gefangener Mussolinis. Dem italienischen Wissenschaftler Guglielmo Ferrero hat Mussolini eine Auslandsreise nach Amerika verboten, da Ferrero nicht gut auf den Faschismus zu sprechen ist. Solche Zustände möchte die Reaktion auch in Österreich.

Die neuen Richtlinien für die Fastenpredigten. Am vorletzten Faschingsstag empfing der Vertreter des goldenen Kalbes, der Papst, nach altem Brauch die Fastenprediger der römischen Kirche. Der Papst empfahl ihnen, besonders auf drei Punkte Gewicht zu legen, und zwar: daß der Mensch nicht ein Mittel, sondern der Zweck sei (nämlich für die Kirche), ferner sollen sie die Aufgabe haben, gegen moderne Kleider und gewisse Tänze, die der Menschenwürde widersprechen, den Kampf aufzunehmen; endlich das Gebet für die verfolgten Brüder in Mexiko und China. Dieser Heuchler getraut sich, von Menschenwürde und Sitten zu reden, wo unter seiner Anleitung die Pfaffen allerorts die Waffen gesegnet und zum Nord aufgefördert haben und so Millionen seiner Gläubigen auf den Schlachtfeldern verbluten mußten. Wir würden es begrüßen, wenn die Zeit bald käme, wo der Papst genötigt wäre, für die aus Österreich verjagten Pfaffen zu beten.

An Herrn Dr. Uranitsch.

Wir fragen an, ob Sie informiert sind, daß Eingaben an die Industrielle Bezirkskommission in den Papierfabriken wandern? Denn nicht anders kann man es verstehen, wenn auf Eingaben Arbeitsloser keine Antwort erfolgt. So z. B. hat der Arbeitslose Gnanz Erhard aus Södingberg am 22. Februar 1927 brieflich um die Unterstützung angefragt, bis heute aber noch keine Erledigung erhalten. Ist das System der Schlampelei, Herr Dr. Uranitsch? Das Zentral-Arbeitslosenkomitee.

Briefkasten.

Es wollen ins Komitee kommen: Zaves Josef, Weinwachs Josef, Brunner Josefa, Hüttner Johann, Gräulner Johanna, Klein Anna (Södinggasse), Gabel Selene, Volter Josef, Maria Kerecz, Lulac Richard, Steinwender Josef. Aus der Provinz soll: Albrin in Treßitz bekanntgeben, ob er schon im Bezug der Unterstützung ist. Genosse Bäck in Treßitz soll den Tatbestand nochmals genauest schildern.

Genosse Ebelak in Oswald kann durch die famosen Befehlsbestimmungen nur 30 Wochen die Unterstützung erhalten.

Anfragen aus der Provinz werden stets unter dieser Rubrik beantwortet.

Die Erzählung „Im Schilf“ von A. Putschow wird Raummangels wegen in nächster Nummer fortgesetzt.

Eigenümer: Albert Pfneil, Volksgartenstraße 6. — **Herausgeber und Verleger:** Anton Koch, Fintengasse 3. — **Verantwortlicher Redakteur:** Wilhelm Kapwla, Graz, Brodmanngasse 40. — **Druck:** Alexander Bauer, Graz, Annenstraße 19.

Alle Zuschriften sind ausschließlich nur an das Zentral-Arbeitslosenkomitee, Graz, Elisabethgasse 20, zu richten. Parteilosen vorzuziehen: Montag, Mittwoch und Freitag von 9 bis 12 Uhr vormittags.